

Blutbad in der „Roten Moschee“

Präsident Musharraf setzt zuletzt auf die militärische Karte

Thomas Bärthlein

Über Monate hatten Sicherheitskräfte und Politik der islamistischen Agitation innerhalb und außerhalb der Mauern der „Roten Moschee“ im Zentrum der pakistanischen Hauptstadt Islamabad zugesehen. Doch das Treiben der aufgepeitschten Koranschülerinnen und Koranschüler entwickelte sich mehr und mehr zu einer Herausforderung für das Staatswesen. Anfang Juli fiel der späte Entschluss zum Einsatz des Militärs. Nach einwöchiger Belagerung ist der Militäreinsatz am 10. Juli mit der Erstürmung des Gebäudekomplexes durch pakistanische Sicherheitskräfte und dem Tod des stellvertretenden Leiters, Abdur Rashid Ghazi, zu Ende gegangen.

Die seit einem halben Jahr anhaltenden Provokationen der Staatsmacht durch die Geistlichen, Schülerinnen und Schüler der Roten Moschee kulminierten Anfang Juli in Kämpfen mit der Polizei, worauf die Behörden bald die Moschee-Leitung zur Kapitulation aufforderten. Zwar ergaben sich daraufhin Hunderte in der Moschee Verschanzten - selbst der Leiter des Komplexes, Abdul Aziz, floh in einer Burqa verkleidet und wurde anschließend in einer bizarren Inszenierung im staatlichen Fernsehen in ebendieser Burqa vorgeführt.

Schließlich jedoch begannen die Truppen in den frühen Morgenstunden des 10. Juli mit der Erstürmung des Komplexes, nachdem letzte Vermittlungsversuche durch Parlamentarier und religiöse Führer gescheitert waren. Unter den Dutzenden von Toten war auch Abdur Rashid Ghazi.

Die „Rote Moschee“ (Lal Masjid auf Urdu, benannt nach der Farbe der Mauern) liegt mitten in Islamabad im Sektor G-6, einem der ältesten Gebiete der Hauptstadt, unweit wichtiger Regierungsgebäude. Der weitläufige Komplex gibt insbesondere auch der Madrassa Jamia Hafsa für Mädchen Unterkunft. Die „Geistlichen“ der Moschee galten als weitgehend isolierte Extremisten, deren Anhänger

überwiegend aus dem Nordwesten Pakistans stammen, also aus den paschtunischen dominierten Stammesgebieten. Der getötete Abdur Rashid Ghazi, der die Moschee in den Medien repräsentierte, hatte überhaupt keine religiöse Ausbildung, sondern war studierter Historiker und hatte im Erziehungssektor gearbeitet. Als sein Vater, der damalige Leiter der Moschee, von Unbekannten erschossen wurde, übernahm er gemeinsam mit seinem Bruder Abdul Aziz die Leitung.

Einen Konflikt zwischen der Roten Moschee und der Regierung ging zunächst von öffentlichem Grund in der Hauptstadt aus, der im Namen der Religion besetzt wurde – ein auch in anderen Teilen Südasiens nicht unbekanntes Phänomen. Die Rote Moschee selber ist auf ehemaligem Regierungsland errichtet worden. Die Koran-Schülerinnen erregten Anfang des Jahres zunächst Aufsehen, als sie eine öffentliche Bücherei besetzten. Im Frühjahr erließ die Moschee-Leitung dann eine Fatwa gegen die inzwischen zurückgetretene Tourismusministerin Nilofar Bukhtiyar, weil Fotos von ihr in Umarmung mit ihrem französischen Gleitschirm-Lehrer aufgetaucht waren. Straßenaktionen gegen vermeintlich „unislamische“ CD- und Video-Läden sorgten für Unruhe in den Märkten der Hauptstadt. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte,

waren allerdings die Entführungen angeblicher „Prostituierter“. Nachdem die Koranschülerinnen zunächst Pakistanschülerinnen verschleppt hatten, richteten sie ihre Aktionen im Juni gegen eine chinesische Akupunktur-Klinik, die sie ebenfalls als Bordell bezeichneten.

Medienberichten zufolge wurde der pakistanische Innenminister Sherozo bei einem China-Besuch Ende Juni heftig für die Übergriffe gegen chinesische Staatsbürger kritisiert. Bereits bei früheren Gelegenheiten hatten pakistanische Extremisten chinesische Arbeiter in Pakistan angegriffen. Möglicherweise ist hier auch Chinas Politik in der muslimischen Nordwest-Region Xinjiang ein Faktor; die chinesische Regierung weist zumindest immer wieder darauf hin, dass uighurische „Terroristen“ aus Xinjiang in Afghanistan und Pakistan kämpften.

Einerseits entstand der Eindruck, die Regierung habe die Extremisten lange heimlich unterstützt, sonst hätten sie niemals so viele schwere Waffen im Zentrum Islamabads ansammeln können. Oppositionspolitiker warfen Musharraf vor, das Problem über Monate verschleppt zu haben, um dadurch von den drängenden innenpolitischen Themen abzulenken. Andererseits fragten viele, ob einer derart massiven Militäroperation wirklich notwendig war.